



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
29.06.2025 N-Joy: Zehn Milliarden Euro: KKW-Rückbau in Lubmin wird teurer	4
29.06.2025 nordkurier.de: Böse Überraschung in DDR-Atomkraftwerk: mehr Strahlung als bisher angenommen	6
29.06.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Zweifel: Wird der Atommüll aus der Asse gar nicht geborgen?	7
29.06.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Asse: Wasser kommt näher an die Kammern mit Atommüll heran	9
27.06.2025 das-parlament.de: Linke will Castor-Transporte nach Ahaus stoppen	11
27.06.2025 Neues Deutschland: Atommüll Atommülltransporte nach Ahaus werden konkreter	13
28.06.2025 Bocholter-Borkener Volksblatt: Atommüll könnte Ende 2025 rollen	15
28.06.2025 Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen: Atomkraftgegner: Castor-Transporte verhindern	16
28.06.2025 lokalkompass.de: Castor-Entscheidung liegt jetzt beim Bundesumweltminister	17

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 N-Joy

Zehn Milliarden Euro: KKW-Rückbau in Lubmin wird teurer

29. Juni 2025 06:49 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Aktuellen Schätzungen des Betreibers zufolge wird der Rückbau des stillgelegten Kernkraftwerkes in Lubmin bis zu zehn Milliarden Euro kosten. Ein Grund sind Mittelkürzungen durch den Bund, die zu Verzögerungen beim Abriss führen.

Der Rückbau des KKW Lubmin wird deutlich teurer. Nach Angaben von Henry Cordes, Geschäftsführer des bundeseigenen Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (EWN), hatte der Bund vor drei Jahren die jährlichen Mittel für das EWN gekürzt - von 220 auf 194 Millionen Euro. Das habe Auswirkungen auf den Stellenplan gehabt. 80 Zeitarbeiter, die mit Stemmarbeiten in einem teils kontaminierten Gebäude befasst waren, habe man nicht weiter beschäftigen können, so der Unternehmenschef. Dies sei eine strategische Entscheidung gewesen, um wichtige Aufgaben, wie die Planungen für das neue Zwischenlager ohne Abstriche vorantreiben zu können.

Gebäude stärker radioaktiv belastet

Hinzu kommt der Zustand der Gebäude. Es habe sich herausgestellt, dass Gebäude stärker radioaktiv kontaminiert waren als bisher angenommen. "Insbesondere das Spezialgebäude 1, wo ganz besonders auch mit Flüssigkeiten und radioaktiven Reststoffen gearbeitet wurde. Und das stellt uns vor besondere Herausforderungen", so Cordes. Der kontaminierte Beton in diesem Gebäude müsse unter hohen Sicherheitsstandards entfernt werden. Teilweise müsse dabei auch in die Statik des Gebäudes eingegriffen werden, was den Rückbau zusätzlich erschwere.

Frühere Kostenschätzung lag bei 6,6 Milliarden Euro

Die letzte Kostenschätzung für den Rückbau des stillgelegten Kernkraftwerks in Lubmin belief sich auf einen Gesamtbetrag von rund 6,6 Milliarden Euro. Bei dieser Schätzung sei ein Ende der Demontearbeiten bis 2028 unterstellt worden, so ein Sprecher. Da sich der Abschluss des Rückbaus nach hinten verschiebe, müsse mit zusätzlichen Kosten gerechnet werden. Das Unternehmen rechnet jetzt mit einem Abschluss des Rückbaus Mitte der 2040er-Jahre.

Lange Endlagersuche treibt Betriebskosten in die Höhe

Auch die noch nicht absehbare Verzögerung bei der Endlagersuche wirke sich auf die Restbetriebskosten aus. "Wir gehen aktuell von Rückbaukosten in Höhe von mindestens 10 Milliarden Euro aus", so ein

Sprecher weiter. Diese Schätzung berücksichtige allerdings noch nicht die inflationsbedingten Kostensteigerungen und Lohnkostenentwicklungen der letzten Jahre. Bislang seien rund 4,2 Milliarden Euro für den Rückbau ausgegeben worden.

Das Kernkraftwerk am Greifswalder Bodden wurde 1990 wegen sicherheitstechnischer Bedenken vom Netz genommen. Fünf Jahre später wurde der Rückbau genehmigt. Im Mai 2006 wurde der letzte Castor-Behälter mit Kernbrennstoff aus dem Block 3 ins benachbarte Zwischenlager Nord (ZLN) gebracht. Dort lagern neben den 74 Castoren mit hochradioaktivem Abfall auch die mittel- und schwach radioaktiv kontaminierten Großkomponenten wie Reaktorgehäuse und Dampferzeuger.

Bund will Mittel für EWN wieder anheben

Nach Angaben von Cordes sollen mit dem neuen Bundeshaushalt die Mittel für die bundeseigene EWN GmbH wieder angehoben werden - auf 230 Millionen Euro pro Jahr. Das sehe aktuell der Haushaltsentwurf des Bundes vor. Um den Rückbau zu dynamisieren, müssten dann wieder spezialisierte Fachkräfte gewonnen werden, die den Abbau in den kontaminierten Gebäuden fortsetzen.

Cordes: Beschleunigung von Verfahren dient der Sicherheit

Cordes, der Ende Juni in den Ruhestand geht, kritisierte in dem Zusammenhang auch die lange Dauer von atomrechtlichen Genehmigungsverfahren. Klar sei, dass sicherheitsrelevante Aspekte oberste Priorität haben. Aber: "Es ist nicht immer nachvollziehbar, warum für bestimmte Genehmigungsverfahren wie die verlängerte Zwischenlagerung bis zu acht Jahre Prüf- und Genehmigungszeit eingeplant werden. Er wünsche sich, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, "auch mit Blick darauf, dass wir im Interesse der Sicherheit zügiger umlagern können müssten."

Baugenehmigung für neues Castorlager in zwei Jahren erwartet

Neben dem Zwischenlager Nord ist der Bau eines neuen Castor-Lagers geplant, das höheren Anforderungen an den Terrorschutz genügen soll. Das Genehmigungsverfahren dafür sei 2019 gestartet worden. Der Bauantrag könnte 2027/2028 genehmigt sein, heißt es aus dem Unternehmen. Mit einer Umlagerung der Castoren - könnte Stand jetzt - dann 2036 begonnen werden.

Radioaktivität

Böse Überraschung in DDR-Atomkraftwerk: mehr Strahlung als bisher angenommen

Der Abriss des Atomkraftwerks in Lubmin wird offenbar teurer und länger dauern als geplant. Ein Grund dafür ist wohl höhere Radioaktivität.

Schon vor 30 Jahren begann der Rückbau und ein Ende ist nicht abzusehen. Im Gegenteil ergeben sich aktuell beim Kernkraftwerk Lubmin bei [Greifswald](#) offenbar Probleme, die Verzögerungen mit sich bringen.

Kosten sollen auf 10 Milliarden Euro steigen

Wie der Chef des bundeseigenen Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (EWN), Henry Cordes, dem [NDR](#) mitteilt, sind Teile des Werks stärker radioaktiv kontaminiert als bisher angenommen. „Insbesondere das Spezialgebäude 1, wo ganz besonders auch mit Flüssigkeiten und radioaktiven Reststoffen gear-

beitet wurde. Und das stellt uns vor besondere Herausforderungen“, wird Cordes zitiert.

Demnach müsse dort kontaminierter Beton unter hohen Sicherheitsstandards entfernt und dabei zum Teil auch in die Statik des Gebäudes eingegriffen werden, was den Rückbau zusätzlich erschwere.

Außerdem wirkt sich den Angaben zufolge eine Kürzung der jährlich gezahlten Bundesmittel erheblich auf den Rückbau aus. Statt einem Ende im Jahr 2028, gehe man jetzt von einem Abschluss in den 2040er Jahren aus. Die

Gesamtkosten dafür würden von rund 6,6 Milliarden auf 10 Milliarden Euro steigen, heißt es.

Nach früheren EWN-Angaben handelt es sich um den größten Rückbau eines Kernkraftwerks in Europa. Das Kernkraftwerk VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ war zwischen 1973 und 1990 am Netz und erbrachte einen Anteil von elf Prozent des Strombedarfs in der DDR. Der Atommeiler in Lubmin sollte die DDR autark von Stromimporten machen. Der Rückbau dauert inzwischen länger als der Betrieb

Wörter:	249	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Nordkurier Nordkurier	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	642.476 ¹
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	355.000 ²
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.nordkurier.de/regional/greifswald/ddr-atomkraftwerk-lubmin-mehr-strahlung-als-bisher-angenommen-3711850>

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Atommülllager Asse

Zweifel: Wird der Atommüll aus der Asse gar nicht geborgen?

Betreiber-Chefin Iris Graffunder äußert sich auffallend vorsichtig. Der geplante Start der Rückholung ist nicht mehr zu halten. Kritiker reagieren verärgert.

Andre Dolle

Im Jahr 2033 soll der Atommüll aus der Asse geborgen werden. Dann soll damit begonnen werden, die 126.000 Fässer mit Atommüll aus dem maroden alten Bergwerk bei Wolfenbüttel zu holen. Doch nicht nur der Zeitplan gerät immer mehr ins Wanken, das gesamte Projekt könnte zum Scheitern verurteilt sein. Das legen Aussagen des Betreibers, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), auf Fragen unserer Zeitung nahe.

Die BGE hatte in den letzten Jahren immer wieder und immer stärker auf die möglichen Gefahren hingewiesen, die einer Bergung des Atommülls im Wege stehen. Weil Wasser eindringt, muss das Lager eigentlich geräumt werden. Nun erklärte BGE-Sprecherin Monika Hotopp zum Zeitplan, dass dieser gerade überarbeitet werde. „Die Arbeiten laufen noch“, sagte sie. „Sobald der neue Plan vorliegt, wird dieser öffentlich vorgestellt.“ 2033 als Startpunkt der Atommüll-Bergung wird wahrscheinlich nicht zu halten sein.

Zur Rückholung sagte Hotopp: „Die Bergung der Abfälle kann nur erfolgen, wenn dies aus bergtechnischer und radiologischer Sicht sicher durchführbar ist.“ Das sei schon im 2013 extra durch den Bundestag verabschiedeten Gesetz, der „Lex Asse“, so festgelegt worden. Daran habe sich auch nichts geändert. Damals stand die Rückholung allerdings ganz klar im Fokus. An ein Scheitern wollte parteiübergreifend

niemand denken. Das sieht heute beim Betreiber BGE etwas anders aus.

Die BGE arbeitet mit „Hochdruck“ am Notfallplan für die Asse und den Atommüll dort

Auch BGE-Chefin Iris Graffunder äußerte sich auf unsere Fragen. Auf die Rückholung ging sie erst ganz am Ende ein. Für sie hat der Notfallplan offenbar Priorität. Auch das hat seine Aussagekraft. Graffunder schickte uns dieses Statement über die BGE-Pressestelle. Sie schrieb: „Die Menschen in der Region müssen sich darauf verlassen können, dass wir die Anlage auch bei Eintritt eines nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritts durch Umsetzung der Notfallmaßnahmen in einen Zustand überführen, der die maximal mögliche Rückhaltung der Radioaktivität garantiert.“

Daher arbeitet die BGE laut ihrer Chefin „mit Hochdruck an der Planung der Notfallmaßnahmen und der Bewertung der radiologischen Relevanz der einzelnen Maßnahmen“. Sie fuhr fort: „Außerdem bewerten wir die Relevanz der einzelnen Einlagerungskammern auf die radiologische Auswirkung in der Biosphäre, damit wir bei der Rückholung die relevantesten Abfälle zuerst bergen.“ Heißt: Die BGE will vorbereitet sein und könnte im Notfall zumindest den Atommüll mit der größten Strahlung bergen.

Nun lässt sich angesichts solcher Aussagen trefflich spekulieren. Aber auch Bürgerinitiativen erkennen den veränderten Ton, den Zweifel an der Bergung, der immer größeren Raum einnimmt.

Dabei wurden schon Milliarden investiert. Bis die Bergung startet – wenn sie denn beginnt –, werden es fast vier Milliarden Euro sein.

Bleibt der Atommüll in der Asse, muss das alte Bergwerk geflutet werden

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad begleitet die Arbeit der BGE nicht nur beim gleichnamigen geplanten Endlager in Salzgitter, sondern auch ein paar Kilometer weiter in der Asse kritisch. Die AG schrieb Ende Mai per Mitteilung: „Die AG Schacht Konrad und andere haben immer wieder auf eine Beschleunigung der vorbereitenden Arbeiten für die Rückholung gedrängt. Ende letzten Jahres hat der Landkreis Wolfenbüttel in einem einstimmigen Votum die BGE aufgefordert, in einer öffentlichen Veranstaltung die Hindernisse für eine Beschleunigung konkret darzulegen.“ Die liefert die BGE in der zweiten Jahreshälfte 2025.

Die AG Schacht Konrad wurde im Mai bei einem Asse-Termin in Schöppenstedt hellhörig. Grund waren BGE-Berechnungen zur Strahlenbelastung bei einem Verbleib des Atommülls im Bergwerk und im Vergleich dazu bei einer Bergung des Mülls. Demnach sei die Belastung für Anwohner und BGE-Mitarbeiter bei einem Verbleib in der Asse deutlich geringer. Die Initiative schrieb: „Aus Sicht der AG Schacht Konrad sollte jetzt möglichst schnell von unabhängiger fachlicher Seite geprüft werden, was sich seit dem Optionenvergleich 2009 derart grundlegend geändert haben soll.“

Bleibt der Müll in der Asse, muss das alte Bergwerk geflutet werden. Die Flutung würde den Atommüll dauerhaft einschließen und eine Rückholung verhindern. Für die Verfüllung der Einlagerungskammern sieht die Notfallplanung auch Sorelbeton vor. Das würde allerdings dauern, zumal so viel Spezialbeton gar nicht auf dem Markt verfügbar ist.

Die BGE verfügt noch nicht über alle Grundstücke für das geplante Zwischenlager

Die AG Schacht Konrad mutmaßt: „Ein Indiz, dass die BGE auf die Karte ‚Verbleib der Abfälle‘ setzt, ist, dass sie keinen Plan B hat, wenn sie das Grundstück für den Bau der für die Rückho-

lung notwendigen oberirdischen Anlagen nicht bekommt.“ Tatsächlich hat die BGE die Grundstücke für das geplante Zwischenlager oberhalb des Asse-Bergwerks noch nicht zusammen. Einzelne Grundbesitzer weigern sich standhaft, zu verkaufen, wie unsere Zeitung schon mal berichtet hat. Auch das wird zunehmend zu einem zeitlichen Problem.

Auch Heike Wiegel vom Verein AufpAssen äußerte Kritik. Sie sagte: „Wir haben schon länger den Verdacht, dass nur der Atommüll aus den oberen Kammern geborgen werden kann.“ Sie forderte: „So schnell wie möglich muss zumindest mal der Atommüll mit der höchsten Strahlung aus der 511-Meter-Ebene

raus.“ Der Atommüll dort sei vielleicht sogar relativ einfach zu bergen. „Dafür braucht man womöglich noch nicht mal den geplanten neuen Schacht, der ja noch umständlicher zu bauen wäre. Das geht vielleicht über den alten Schacht Asse 2.“

Wiegel wurde grundsätzlich, bezog sich auf den vorläufigen Bergungsplan aus dem Jahr 2020. Sie sagte angesichts der drängenden Zeit: „Heute, fünf Jahre später, ist nichts genehmigt, es liegen noch nicht mal konkrete Planungen vor.“ Sie fragte: „Was bedeutet es denn, wenn der Müll tatsächlich da unten bleibt? Auch darauf wollen wir Antworten.“

Wörter:	913	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Andre Dolle	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Online	Visits (VpD):	214.974 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	20.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/wolfenbuettel/article409372171/zweifel-wird-der-atommuell-aus-der-asse-gar-nicht-geborgen.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Atommülllager Asse

Asse: Wasser kommt näher an die Kammern mit Atommüll heran

Es wird zwar abgeschöpft, doch der Zutritt ins Bergwerk bei Wolfenbüttel wird zunehmend zum Problem. Erkundungsbohrungen sollen helfen, die Zeit läuft.

Andre Dolle

Die Lage im maroden alten Bergwerk Asse wird immer mehr zu einem Wettlauf mit der Zeit. Wie unsere Zeitung erfuhrt, ist das eindringende Wasser nur noch wenige Meter von den Kammern mit Atommüll entfernt. Das erklärte der Betreiber des Atommülllagers bei Wolfenbüttel, die [Bundesgesellschaft für Endlagerung](#) (BGE), auf Nachfrage.

BGE-Sprecherin [Monika Hotopp](#) sagte: „Der veränderte Wasserzutritt ist weiterhin ein Problem, für das die BGE nach einer stabilen neuen Lösung sucht.“ Das Positive: Der Wassereintritt durch Risse im alten Bergwerk bleibt zumindest relativ stabil bei etwa 12 Kubikmetern pro Tag. Das entspricht etwa 50 Badewannen voll.

Das Problem ist jedoch schon seit mehr als einem Jahr, dass die Lösung nicht – wie viele Jahre zuvor – in der Hauptauffangstelle in 658 Metern Tiefe ankommt, sondern größtenteils auf der 725-Meter-Ebene. Hotopp schrieb, dass das Wasser somit immer tiefer aufgefangen werden muss: „Das ist nur noch etwa 13 Meter über der Decke der darunterliegenden Einlagerungskammern.“ Hotopp erklärte auf Nachfrage: „Wenn das so bleibt, ist das nicht gefährlich.“ Denn aktuell werde die gleiche Menge an Salzwasser aufgefangen wie früher. Die Frage sei aber, ob die Situation dauerhaft kontrolliert werden könne. Der Großteil des

schwach- und mittelradioaktiven Atommülls lagert in einer Tiefe von 725 und 750 Metern. Eine weitere Kammer befindet sich auf der 511-Meter-Ebene.

Wohin fließt das Wasser im maroden Atommülllager Asse?

Die genauen neuen Fließwege der Zutrittslösung kennt die BGE noch nicht. Diese will der Asse-Betreiber aus Peine durch die laufenden Erkundungsbohrprogramme weiter erforschen. Das Problem ist dabei: Das alte marode Bergwerk ist weiter in Bewegung, deshalb kann das Wasser ja überhaupt erst eindringen.

Parallel dazu arbeitet die BGE laut der Sprecherin daran, einen geeigneten Ort für eine neue Hauptauffangstelle zu finden, die wieder deutlich oberhalb der Einlagerungskammern liegen soll, um die Rückholung weiter ermöglichen zu können. Hotopp sagte allerdings: „Planung und Bau einer neuen Hauptauffangstelle wird aber mehrere Jahre in Anspruch nehmen.“

Auch BGE-Chefin [Iris Graffunder](#) äußerte sich auf Nachfrage unserer Zeitung. Sie sagte: „Die Menschen in der Region müssen sich darauf verlassen können, dass wir die Anlage auch bei Eintritt eines nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritts durch Umsetzung der Notfallmaßnahmen in einen Zustand überführen, der die maximal mögliche Rückhaltung der Radioaktivität garantiert.“

Daher arbeiten wir mit Hochdruck an der Planung der Notfallmaßnahmen.“ Zu diesen Schritten gehört vor allem die Gegenflutung des Bergwerks. Diese Notfallmaßnahme wird nur bei einem technisch gar nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritt umgesetzt.

Bis zum Start der Rückholung des Atommülls kalkuliert die BGE mit mehr als drei Milliarden Euro Kosten

Heike Wiegel vom Verein Aufpassen gab sich auf Anfrage besorgt. „Der Wasserzufluss ist beunruhigend. Die Gefahr ist natürlich, dass das Wasser weiter Richtung Kammern mit dem Atommüll sickert.“ Sie kritisierte die BGE: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Ursachenforschung so lange dauert. Erkundungsbohrungen sind doch Routinemaßnahmen. Da kann man nur den Kopf schütteln.“ Das gelte auch dafür, dass Planung und Bau einer neuen Hauptauffangstelle so viel Zeit in Anspruch nehme.

In der Schachanlage Asse liegen in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Weil das Wasser eindringt, soll das Lager geräumt werden. Die BGE ist für den gesetzlichen Auftrag zuständig, die Anlage unverzüglich stillzulegen. Frühestens 2033 soll mit der Rückholung begonnen werden. Allein bis zum Start kalkuliert die BGE mit Kosten von weit mehr als drei Milliarden Euro.

Atommüll aus Jülich

Linke will Castor-Transporte nach Ahaus stoppen

Teuer, gefährlich und unnötig seien Transporte von Atommüll, kritisierte die Linke und fordert ein neues Zwischenlager. Das überzeugt im Bundestag nur wenige.

Im November 2023 war schon mal Generalprobe: Da rollte ein Schwertransport mit leerem Castor-Behälter, begleitet von einem großen Polizeiaufgebot, quer durch Nordrhein-Westfalen, um die Route vom rheinischen Jülich ins 170 Kilometer entfernte westfälische Ahaus zu testen. In das dortige Zwischenlager sollen - geht es nach der bundeseigenen Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) - noch in diesem Sommer die ersten der 152 Castor-Behälter mit gut 300.000 Kugelbrennelementen aus dem stillgelegten Versuchsreaktor Jülich gebracht werden.

Nach dem Willen der Linken sollen die 152 Castor-Behälter in Jülich bleiben

Doch dagegen gibt es seit langem Widerstand. Die Stadt Ahaus klagte, Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen protestieren. Nun wendet sich auch die Fraktion Die Linke im Bundestag mit einem Antrag gegen die Atomtransporte. Diese seien "ein Risiko für alle", teuer, aufwändig - und noch dazu unnötig, sagte Mareike Hermeier (Linke) in einer ersten Debatte über die Vorlage am Donnerstagabend.

Die Begründung für die Transporte nach Ahaus sei längst entfallen: 2022 habe das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bestätigt, dass der Standort Jülich, anders als früher angenommen, erdbebensicher sei. Die atomrechtliche Anordnung

zur unverzüglichen Räumung des Lagers in Jülich, die das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium 2014 ausgesprochen habe, sei damit überflüssig. Ein neues Zwischenlager in Jülich sei "technisch möglich, fachlich machbar - aber politisch verpennt" worden, kritisierte Hermeier. Die Bundesregierung solle sich für den Verbleib der 152 Castor-Behälter in Jülich einsetzen, forderte sie, zumal die Genehmigung des Zwischenlagers in Ahaus schon 2036 auslaufe.

Unterstützung kam von den Grünen: Harald Ebner kritisierte die Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen scharf: Die JEN habe die Option des Verbleibs des Atommülls in Jülich nach der "veränderten Erdbebensachlage" 2022 anstreben müssen. So hätte man auch angesichts des Risikos von Sabotageakten gefährliche Atomtransporte durch "dicht besiedeltes Gebiet" vermeiden können. Angesichts des Besuchs von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bei einem Treffen der "Nuklear-Allianz" in der vergangenen Woche forderte Ebner aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Der sogenannten Kugelhaufen-Reaktor, der von 1967 bis 1988 in Jülich betrieben wurde, sei störanfällig gewesen und habe zur Kontamination von Grundwasser und Boden geführt. Der Atomausstieg sei beschlossen, nun müsse Schluss sei mit dem Gerede von der Atomkraft, verlangte Ebner. Statt auf "Small Modular

Reactors" zu hoffen, müsse man sich auf die sichere Endlagerung zu konzentrieren.

Koalition und AfD lehnen Lagerneubau aus Kostengründen ab

Gegenwind kam von allen übrigen Fraktionen: Die Linke rede "Risiken herbei", ihre Forderungen nach Transportstopp und Lagerneubau schafften nur neue Probleme und drohten, Steuergeld zu "verschleudern", sagte Vanessa Zobel (CDU).

Die Lagerung der Brennelemente in Jülich sei deutlich teurer als Transport und Lagerung in Ahaus, betonte auch Paul Schmidt (AfD). Zudem gehe von den Brennstoffkugeln kaum noch Gefahr aus: In den Castoren seien sie "gut aufgehoben", zudem gäben sie kaum noch Wärme und Strahlung ab. Jakob Blankenburg (SPD) räumte zwar ein, dass sich niemand Castortransporte "wünscht", aber es brauche endlich eine Lösung für den Atommüll aus Jülich. Die Räumungsanordnung für das Lager dort bestehe. Die Einlagerung des Atommülls in Ahaus sei gerichtlich bestätigt und auch die Transportgenehmigung dorthin befinde sich "kurz vor dem Abschluss". Kurzum: Das sei der "schnellste und sicherste Weg". Die Alternative eines Lagerneubaus in Jülich sei teuer - und werde dauern. Es gebe dafür weder einen Antrag noch das Grundstück.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

nd Neues Deutschland

Atommüll | Atommülltransporte nach Ahaus werden konkreter

27. Juni 2025 16:49 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Weitere Genehmigungen für **Atommülltransporte** ins Zwischenlager im nordrhein-westfälischen Ahaus stehen kurz bevor und sorgen für politischen Aufruhr. Konkret geht es um Straßentransporte aus dem Lager in Jülich und vom Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus, wie das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** in Berlin mitteilte.

Transporte sollten nach **BASE**-Angaben ab dem vierten Quartal des laufenden Jahres möglich sein. Das müssten aber die jeweiligen Länderbehörden entscheiden, wenn die Genehmigungen erteilt seien. Geplant seien Schwertransporte auf der Straße. Aus Garching sind demnach zwei Transporte beantragt worden. Aus Jülich seien es 152 Einzeltransporte, die aber gebündelt werden könnten. Es gebe vier geeignete Transportfahrzeuge, die jeweils einen Behälter auf einmal transportieren könnten. Das **Bundesamt** betonte, bei den Genehmigungsentscheidungen habe man wenig Spielraum: Wenn alle Regeln eingehalten würden, müssten sie erteilt werden. Es gibt in Deutschland derzeit noch keine **Endlager**, in denen über Hunderttausende Jahre hinweg strahlender **Atommüll** sicher gelagert werden kann. Stattdessen gibt es 16 Zwischenlager, unter anderem in Ahaus.

Die Linke NRW übt massive Kritik an den geplanten Transporten und fordert Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die drohenden **Atomtransporte** von Jülich nach Ahaus doch noch zu verhindern. »Das Zeitfenster zur Verhinderung der gefährlichen, unnötigen und teuren **Atomtransporte** quer durch NRW« schließe sich, erklärte Hubertus Zdebel, **atompolitischer Sprecher** der Linken in NRW. Die Castor-Transporte durch das Bundesland stehen nach Ansicht der Linken in klarem Widerspruch zu der Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen in NRW für die Jahre 2022 bis 2027. Darin heißt es wörtlich: »Wir setzen uns für eine Minimierung von **Atomtransporten** ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.« Die Linke hat in Absprache mit dem Landesvorstand in NRW einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, über den bereits in erster Lesung diskutiert wurde. Konkret fordert Die Linke von der Bundesregierung unter anderem, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verantwortung für die langfristige Lagerung und Vorbereitung des **Atommülls** für die **Endlagerung** bei den Verursachern in Jülich verbleiben wird.

Auch die Anti-Atom-Initiative Sofa Münster kritisiert das Vorgehen des **BASE** scharf und spricht von »enormem Druck«. Die Initiative sieht in der Ankündigung, Klagen hätten keine aufschiebende Wirkung, weil

»Sofortvollzug« ermöglicht werde, eine »politische Drohung«. Die Organisation fordert von der schwarz-grünen NRW-Landesregierung und dem SPD-geführten Bundesumweltministerium »endlich zielorientierte Gespräche, um diesen wahnsinnigen, mehrjährigen Atomtransport-Tsunami noch abzuwenden«.

Selbst aus den Reihen der Grünen in NRW kommt deutliche Kritik. Tim Achtermeyer, Vorsitzender des Landesverbands der Grünen, bezeichnete die geplanten Castor-Transporte als »politisch falsch und gefährlich« und kritisierte den Bundesumweltminister scharf: »Der Bundesumweltminister entwickelt sich zum Castor-Carsten. Er darf den Transporten nicht zustimmen und muss dafür sorgen, dass das Zwischenlager Jülich endlich wieder eine Genehmigung erhält.« Die Grünen warnen davor, dass die Transporte Fakten schaffen, bevor klar ist, wo der Atommüll langfristig hin soll. »Die Bundesregierung muss jetzt dringend ein umfassendes Zwischenlagerkonzept liefern, bevor sie per Transport Fakten schafft und massenhaft Castoren durch halb NRW transportiert«, so Achtermeyer.

Am kommenden Mittwoch soll das Thema erneut – allerdings nicht öffentlich – im Wirtschaftsausschuss des Landtags behandelt werden. Die grüne NRW-Atomministerin Mona Neubaur hält sich dabei weiterhin bedeckt. Während die Zeit für politische Gespräche und Lösungen immer knapper wird, formiert sich der Protest mit einer eindeutigen Forderung: Die Castor-Lawine muss gestoppt werden, bevor sie losfährt.
dpa/nd

Atommüll könnte Ende 2025 rollen

Die Genehmigung für Atommüll-Transporte aus Jülich nach Ahaus ist fast erteilt und der Weg für 152 Castortransporte damit fast frei. Das BASE nennt einen Zeitplan.

Im vierten Quartal 2025 könnten Castor-Transporte mit Atommüll aus Jülich nach Ahaus rollen. Das hält zumindest das BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) für möglich. Bei einem Gespräch am Donnerstag erklärten Vertreter des BASE gegenüber unserer Redaktion, dass im Sommer die noch ausstehende Transportgenehmigung erteilt werden könne. Das Genehmigungsverfahren stehe kurz vor dem Abschluss.

Das war bisher immer die Erwartung, wurde am Donnerstag (26. Juni) ganz deutlich vom BASE ausgesprochen. 152 Castorbehälter mit ausgebrannten Brennelementen aus dem Forschungsreaktor in Jülich sollen nach Ahaus transportiert werden.

Ob die Transporte einzeln oder gebündelt fahren, stehe noch nicht fest. Dar-

über entscheide auch nicht das BASE, sondern die Behörden in NRW. Beispielsweise die Polizei könne veranlassen, dass die Transporte gebündelt werden, um Personal zu sparen. Auch wäre die Verkehrsbelastung konzentrierter: Aus atomrechtlicher Sicht müsse die Autobahn während eines Transports zwar ohnehin nicht gesperrt werden, hieß es. Möglich sei aber, dass das dennoch gemacht werde, um den Transport gegen Einflüsse von außen oder gegen Störungen zu schützen.

Ausdrücklich wäge das BASE auch nicht zwischen einem Transport der Behälter nach Ahaus oder einer anderen Zwischenlagerungs-Option ab. Etwa dem Neubau eines Zwischenlagers in Jülich. Es gehe einzig um eine gebundene Entscheidung. Wenn alle Voraussetzungen für einen sicheren Transport erfüllt seien, müsse der auch genehmigt werden.

Die Genehmigung zur Einlagerung der Castorbehälter aus Jülich liegt bereits vor. Ende 2024 hatte das Oberverwaltungsgericht NRW (OVG) in Münster die Klagen der Stadt Ahaus und des Ahaus-

sers Theo Schwarte gegen die vom BASE erteilte Genehmigung zur Aufbewahrung von 152 beladenen Castoren aus dem Zwischenlager Jülich im Zwischenlager Ahaus abgewiesen.

Wenn die Transportgenehmigung vorliegt, könnte es vergleichsweise schnell gehen. Das Bundesamt habe den sofortigen Vollzug des Transports empfohlen. Derzeit liege der Genehmigungsentwurf noch zur Abstimmung beim Bundesumweltministerium.

Parallel zu Transporten aus Jülich könnten auch aus Süddeutschland noch in diesem Jahr Castortransporte nach Ahaus rollen: Auch die Genehmigung für Transporte aus dem Forschungsreaktor FRM-II in Garching könne in diesem Sommer erteilt werden. Mit der atomrechtlichen Genehmigung des Transportes ist der Weg aber immer noch nicht frei: Für den eigentlichen Schwertransport stehen weitere Genehmigungen aus. Dafür ist dann allerdings nicht mehr das BASE zuständig.

Wörter: 405
 Autor/-in: Rape, Stephan
 Seite: 24
 Ressort: Regionales
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
 Ausgabe: Einzelausgabe
 Auflage: 14.260 (gedruckt)¹
 20.914 (verkauft)¹
 21.010 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,05729 (in Mio)²

Urheberinformation: (c) BBV

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Atomkraftgegner: Castor-Transporte verhindern

Ahaus, Jülich Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW haben an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) appelliert, die geplanten Atommülltransporte in das Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus zu verhindern. Er müsse schnellstmöglich gemeinsam mit dem Bundesforschungsministerium Gespräche mit der NRW-Landesregierung führen, um die „enorm risikoreichen Castor-Transporte über die Autobahnen zu stoppen“, forderten das Aktionsbünd-

nis Münsterland gegen Atomanlagen, der BUND NRW, die Bürgerinitiative Kein Atommüll in Ahaus und das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ am Freitag in einer gemeinsamen Erklärung.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin hatte am Donnerstag die baldige Genehmigung weiterer Transporte von Atommüll nach Ahaus angekündigt.

Derzeit liegt der Genehmigungsentwurf zur Abstimmung beim Bundesumweltministerium. Danach könnten insgesamt 152 Castorbehälter aus Jülich im vierten Quartal dieses Jahres in das Zwischenlager im Münsterland gebracht werden. Das Gleiche gelte für zunächst zwei Transporte aus dem Forschungsreaktor der TU München (FRM II in Garching) nach Ahaus. epd

Wörter: 141
Seite: 2
Ressort: Region
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: 147
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 18.831 (gedruckt)¹
20.761 (verkauft)¹
21.035 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,1211 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 lokalkompass.de

Castor-Entscheidung liegt jetzt beim Bundesumweltminister

28. Juni 2025 23:09 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Nach der gestrigen (26.06.) Ankündigung des Bundesamt für nukleare Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), in Kürze weitere Castor-Transporte nach Ahaus genehmigen zu wollen, fordern Anti-Atomkraft-Initiativen nun eindringlich von der NRW-Landes- und der Bundesregierung das verbleibende Zeitfenster politisch zu nutzen. Geplant sind Transporte von 152 Castoren aus Jülich wie auch zunächst zwei, später dann bis zu zehn Castor-Transporte aus dem Garching Forschungreaktor der TU München.

„Laut BASE liegt der Ball nun bei Bundesumweltminister Schneider, bevor das BASE die Genehmigung erteilt. Schneider muss jetzt mit dem Bundesforschungsministerium schnellstmöglich die geplanten Gespräche mit der NRW-Landesregierung führen, die enorm risikoreichen Castor-Transporte über die Autobahnen stoppen und eine langfristig sichere Zwischenlagerung anstoßen“, so Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. „Da muss sich endlich auch das Bundesfinanzministerium als Hauptgeldgeber für den Jülicher Atommüll bewegen, weil man versäumt hat, die Betreiber des kommerziellen Reaktors zur Rechenschaft zu ziehen. Seit 2009 versuchen die Verursacher ihren Atommüll zu Lasten anderer loszuwerden!“

Die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW kritisieren auch die Ankündigung des BASE, Klage-Möglichkeiten durch Anordnung des sofortigen Vollzuges einschränken zu wollen. „Hier wird unnötig Druck erzeugt und es werden unverhältnismäßig die juristischen Möglichkeiten der Umweltverbände eingeschränkt, obwohl es sich um hochriskante Atommüllverschiebung handelt“, erklärt Kerstin Ciesla vom BUND NRW.

„Die Autobahnen von Garching oder Jülich nach Ahaus führen durch dicht besiedeltes Gebiet, über marode Brücken und sind in dieser Länge nicht konsequent zu sichern. Und da auch für das Ahauser Zwischenlager 2036 die Genehmigung ausläuft, ist die Atommüllverschiebung nur Augenwischerei statt Sicherheitsgewinn“, so Janna Dujesiefken von der BI Ahaus. Marita Boslar vom Jülicher Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ ergänzt: „Seit über zehn Jahren wird ein neues, modernes Zwischenlager in Jülich verschleppt. Das muss endlich in Angriff genommen werden, da sich die Endlagersuche noch deutlich verzögert.“ Nächsten Mittwoch, am 2. Juli, sind die Castoren zudem erneut nicht-öffentliches Thema im Wirtschaftsausschuss des NRW-Landtags. Diese Geheimhaltungs-Politik stößt auf Unverständnis – deshalb bereiten die Anti-Atomkraft-Initiativen neue Proteste vor. Sie halten an ihrem Ziel einer möglichst sicheren Atommüllagerung statt Atommüllverschiebung fest: Am Tag nach Bekanntwerden der Transportgenehmigung wird es um 18 Uhr je eine Mahnwache vor dem Forschungszentrum Jülich und dem

Zwischenlager Ahaus geben.
